

Tarifvertrag in der Altenpflege gescheitert – Oliver Kaczmarek: „Chance zur Aufwertung von Pflegeberufen vertan“



Oliver Kaczmarek

Fehlende Pflegeplätze, prekäre Arbeitsbedingungen und eine schlechte Bezahlung – der Handlungsbedarf in der Pflege bleibt groß. Durch das Verhindern eines flächendeckenden und allgemeinverbindlichen Tarifvertrags durch die kirchlichen Arbeitgeber bleibt nun ein weiteres Problem bestehen. „Das ist ein herber Rückschlag für alle Beschäftigten in der Altenpflege“, kommentiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek das Scheitern der Allgemeinverbindlichkeit, „es reicht nicht, Pflegekräften vom Balkon aus zu applaudieren. Die Arbeit in der Pflege ist wichtig und das muss sich auch am Ende des Monats für die Beschäftigten auszahlen.“

Um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern, wurden auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion unterschiedliche Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Schwerpunkt dieser Bemühungen war eine Verbesserung der Entlohnung, indem einerseits die Bezahlung nach Tarif gestärkt und andererseits

ein Pflegemindestlohn dort eingeführt wurde, wo nicht nach Tarifverträgen bezahlt wird. Die Einführung eines flächendeckenden und allgemeinverbindlichen Tarifvertrages sollte ein weiterer Baustein sein, um die Beschäftigungsverhältnisse in der Pflege zu verbessern. Dieser Tarifvertrag wurde über mehrere Jahre vorbereitet. Doch am vergangenen Donnerstag hatte die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas den zwischen dem Bundesverband der Arbeitgeber in der Pflegebranche und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Tarifvertrag überraschend abgelehnt und so die Einführung eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrags für die Branche verhindert. „Löhne und Gehälter werden bis auf die Lohnuntergrenzen nicht vom Staat festgelegt, sondern von den Sozialpartnern vereinbart und in Tarifverträgen fixiert. Tarifverträge regeln aber noch mehr als Löhne, nämlich Urlaubstage, Arbeitszeiten und betriebliche Altersversorgung. Hier haben ausgerechnet die kirchlichen Arbeitgeber eine wichtige Chance vertan, die Pflegeberufe aufzuwerten.“, so Kaczmarek.

Der Bundestagsabgeordnete befürchtet, dass sich diese Entscheidung nun als Bumerang erweisen könnte. Kaczmarek: „Gerade hier im Kreis Unna ergibt sich im Hinblick auf den Personalmangel ein dringender Handlungsbedarf.“ Wie der Kreis Unna im Pflegebedarfsplan aus dem vergangenen Jahr schreibt, droht ein „chronischer Personalnotstand in der Altenpflege“. Bis zum Jahr 2030 müsse das Personal nach dem Pflegebedarfsplan um knapp 3.200 Personen ausgeweitet werden. „Ohne eine gerechte Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege werden wir diese Herausforderung aber nicht lösen können“, führt Kaczmarek weiter aus.

Jugend ist Zukunft: Grünes Licht für mehr Bildung

Der Kreis Unna ist führender Standort für Lagerlogistik, und das drückt sich auch in der Berufsschul-Landschaft aus: Nach dem in Unna und Lünen bereits etablierten Bildungsgang „Fachkräfte für Lagerlogistik“ soll am Lippe Berufskolleg in Lünen ab dem kommenden Schuljahr auch der zweijährige Bildungsgang „Fachlageristin / Fachlagerist“ eingerichtet werden.

Dafür gab der Kreistag in seiner Sitzung am 25. Februar ebenso grünes Licht wie für die Einrichtung eines kaufmännischen Bildungsganges „Automobilkauffrau / Automobilkaufmann“ am Lippe Berufskolleg in Lünen.

Neuer Anlauf für angehende Automobilkaufleute

Eigentlich sollten angehende Automobilkaufleute am Lippe-Berufskolleg schon mitten in ihrer Ausbildung stecken – denn um diesen Bildungsgang hatte sich der Kreis Unna schon vor zwei Jahren bemüht. Damals hatte die Bezirksregierung Arnsberg als obere Schulaufsicht jedoch signalisiert, keine Genehmigung zu erteilen. Folge: Der Antrag wurde zurückgezogen.

Unternehmen aus der Automobilbranche hatten sich in der Zwischenzeit allerdings wiederholt gemeldet und betont, wie wichtig es sei, dass die Azubis wohnortnah zur Schule gehen können. Deshalb macht der Kreis jetzt einen neuen Anlauf. Bisher wird der Bildungsgang „Automobilkauffrau / Automobilkaufmann“ an keinem Berufskolleg im Kreis Unna angeboten. PK | PKU

Kreis Unna erweitert E-Bike-Flotte in den Radstationen: 80 neue E-Bikes für Alltag und Freizeit



Landrat Mario Löhr übergibt die neuen Räder der Betreibergesellschaft DasDies, die mit Geschäftsführer Maciej Kozłowski (ganz rechts) vertreten ist. Mit dabei der bisherige Verkehrsplaner des Kreises Klaus-Peter Dürholt (3. v.r.) und seine langjährige Chefin Sabine Leiß (l). Für Klaus-Peter Dürholt stellt diese Übergabe die letzte Amtshandlung dar. Er geht zum Monatsende in den Ruhestand.

Fahrradfahren boomt. Vor allem Pedelecs, E-Bikes mit elektrischer Motorunterstützung bis 25 Stundenkilometer,

sorgen dafür, dass immer mehr Menschen das Rad als Alternative auch für die alltäglichen Fahrten nutzen. Der Kreis Unna setzt auf diese Entwicklung bei seinen Planungen für einen klimafreundlichen Verkehrsmix. Ein Baustein: Die Mieträder an den zentralen Verkehrsknotenpunkten im Kreisgebiet.

Ab Ende März stehen in den Radstationen des Kreises durchgehend insgesamt 80 neue E-Bikes als Mietfahrräder zur Verfügung. Der Kreis finanziert die Aufstockung der Flotte für vier Jahre. Für 75 Cent pro Stunde können die Räder gemietet werden – nicht nur für Ausflüge, sondern vor allem auch für den Alltagsverkehr.

Das betont Landrat Mario Löhr, der in dem Mietrad-Angebot einen wichtigen Baustein im Mobilitätskonzept des Kreises sieht: „Das Rad ist neben Bus und Bahn und Carsharing ein umweltfreundliches Verkehrsmittel, das wir insgesamt noch weiter stärken und vernetzen wollen.“ Die Nachfrage ist auf jeden Fall da, erklärte Maciej Kozłowski, Geschäftsführer der Radstationsbetreiberin DasDies Service GmbH: „Vor acht Jahren hatten wir jährlich noch knapp 300 Fahrradvermietungen pro Jahr. Im vergangenen Jahr waren es schon über 2.000. Ohne den Corona-Effekt, der uns zeitweise zur Schließung von Stationen und Radverleih zwang, wäre die Steigerung noch größer gewesen.“

Gerade die Pedelecs seien gefragt. Und da konnten die Radstationen schon im vergangenen Jahr an vielen Tagen die Nachfrage nicht mehr bedienen: „Unser Flotte mit nur 30 E-Bikes hatte nach sieben Jahren im Betrieb und teilweise über 40.000 Kilometern pro Rad die Lebensdauer überschritten“, sagt Stefan Rose, Leiter der Radstationen der DasDies.

Der Kreis unterstützt die Rundumerneuerung und damit verbunden den Ausbau des Angebots: Die neuen Pedelecs mit leistungsfähigen Motoren und gut dimensionierten 500 Wh- bzw. 625 Wh-Akku sind ab sofort an den Bahnhöfen in Kamen, Lünen, Schwerte, Unna und Werne und in der Lünen City zu mieten –

Selm Beifang wird absehbar diese Standorte ergänzen.

Ob Räder verfügbar sind, darüber informiert bisher das Buchungsportal der Stationen unter www.radstation.ruhr. In Kürze sind die E-Bikes ebenso über die fahrtwind-App der VKU zu buchen. Zur Mietradflotte der Radstationen gehören neben den 80 E-Bikes zudem 40 moderne Tourenräder und zwei Top-Mountain-Bikes. Weitere Informationen: www.die-radstationen.de PK 1 PKU

Pflegebedarfsplan beschlossen: Notstand durch Corona spürbar

Die gute Nachricht zuerst: Mit knapp 56 Prozent sind die meisten Menschen im Kreis Unna, die über 80 sind, nicht pflegebedürftig oder dement. Doch auch im Kreis Unna steigt die Zahl pflegebedürftiger Menschen an. Gleichzeitig wird der Pflegepersonalnotstand spürbar. Besonders deutlich gemacht hat das die Corona-Pandemie.

Eigentlich reicht ein Blick in den Pflegebedarfsplan des Kreises Unna, um festzustellen, dass die Herausforderung immens ist: Es braucht nicht nur deutlich mehr Pflegeheimplätze und Pflege- oder Demenz-Wohngemeinschaften, sondern auch viel mehr Pflegepersonal. Und wenn das sozialpolitische Erfolgsmodell „Ambulant vor stationär“ im Kreis Unna weiter greifen soll, werden auch zahlreiche weitere Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren benötigt.

Die beim Kreis angedockte Sozialplanung hat in dem 110-

seitigen und vom Kreistag am 25. Februar verabschiedeten Pflegebedarfsplan eine umfangreiche Analyse vorgelegt.

Kernaussagen

Konkret besteht für den Kreis Unna insgesamt ein Bedarf an 336 zusätzlichen Pflegeheimplätzen verteilt auf sieben kreisangehörige Kommunen – und das zusätzlich zu den 195 Plätzen, die sich bereits in der Bauphase befinden bzw. geplant werden. Sie sollen ausgeschrieben werden. Der Bedarf an weiteren 372 Tagespflegeplätzen wird ebenfalls ausgeschrieben.

Klar ist auch: Viele Angehörige, die Pflegebedürftige zu Hause betreuen, wünschen sich mindestens einmal im Jahr eine sorgenfreie Auszeit. Dafür sind langfristig buchbare Kurzzeitpflegeplätze dringend erforderlich. Allerdings fehlt immer noch eine bundeseinheitliche Finanzierungsregelung.

Druck auf die häusliche Pflege

Hilfe und Entlastung wäre gerade in Corona-Zeiten wichtig. Doch das Gegenteil ist eingetreten: „Der Pflegepersonalnotstand ist jetzt mit dieser Pandemie besonders bitter spürbar, insbesondere in Pflegeheimen, aber auch bei ambulanten Diensten“, erklärt Sozialplaner Hans Zakel. „Wenn Tagesspflegen mehr oder weniger sämtlich schließen müssen, erhöht auch dies den Druck auf die häusliche Pflegesituation.“ Die begonnene konzertierte Aktion im Kreis gegen den Pflegepersonalmangel müsse weitergeführt werden, so das Plädoyer.

Die Herausforderungen der demografischen Entwicklung mit kurzfristig stark steigenden Zuwächsen der Menschen im hohen Seniorenalter werden im Pflegebedarfsplan dargestellt und bilden die Grundlage für die gesetzliche verbindliche Pflegebedarfsplanung.

Jede Menge Service im Anhang

Der Pflegebedarfsplan ist übrigens nicht nur ein Zahlenwerk

und Planungsinstrument für die Fachleute zur bedarfsgerechten nachhaltigen Steuerung und Weiterentwicklung. Er bietet auch jede Menge Service für Ältere und ihre Angehörigen: Im Anhang finden sie die komplette Kreis-Übersicht über alle Angebote, die Senioren im Fall des Falles weiterhelfen – wie z.B. Haushaltsnahe Dienstleistungen, Mahlzeiten-Lieferdienste, Fahrdienste, Tagespflege, Pflege-WGs, Pflegeheime und vieles mehr. Aufgeschlüsselt werden hier unter anderem auch durchschnittliche Pflegesätze, Eigenanteile und weitere Kosten.

Weitere detaillierte Informationen zur Situation im Pflegebereich finden sich im Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2020. PK | PKU

AWO zur Ablehnung des Branchentarifvertrags: „Ein trauriger Tag für die Pflege“



Bildzeile: Das Team des ambulanten Pflegediensts der AWO Ruhr-Lippe-Ems im Kreis Unna mit Pflegedienstleitung Margret Höner (l.) und Fachbereichsleiter Magnus Memmeler (r.) nach der erfolgreichen Zertifizierung durch den TÜV Rheinland im vergangenen Jahr. (Archivfoto: AWO Ruhr-Lippe-Ems, Stefan Kuster)

Am Donnerstag hat die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas den Antrag der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) und der Gewerkschaft Verdi, den Tarifvertrag für die Altenpflege über eine Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich zu erklären, abgelehnt. Entscheidend waren die Stimmen der Dienstgeberseite. Rainer Goepfert, Geschäftsführer der AWO Ruhr-Lippe-Ems, schließt sich der Kritik des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt an: „Ich bedauere diese Entscheidung und bin, wie unsere Mitarbeiter*innen in der Altenpflege, zutiefst enttäuscht, dass es erneut nicht gelungen ist, einen allgemeingültigen Tarif für die Pflege auf den Weg zu bringen. So drücken wir ihnen als Gesamtgesellschaft nicht die Wertschätzung aus, die

sie verdienen.“

Goepfert erläutert: „Ich hätte mir ein deutlich anderes Ergebnis gewünscht. Denn wir brauchen gute Fachkräfte und wollen ihnen nach der Ausbildung und im Laufe ihres Berufslebens auch eine gute und gesicherte finanzielle Perspektive bieten. Deshalb wenden wir als AWO bereits einen mit Verdi ausgehandelten Tarif an, der deutlich über der nun vereitelten Lösung liegt.“ Der Geschäftsführer unterstreicht: „Gemeinsam mit dem Kreis Unna und einem breiten Bündnis engagieren wir uns für ein gutes Image und die Verbesserung der Bedingungen in der Pflege. Diese Entscheidung der Arbeitsrechtlichen Kommission der Caritas konterkariert diese Bemühungen.“

Jens M. Schubert, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes, hatte gestern erklärt: „Diese Entscheidung lässt mich schlicht fassungslos zurück. Es ist ganz einfach: Altenpflegekräfte sollen und müssen endlich besser bezahlt, ein fairer Wettbewerb, der nicht über die Löhne geführt wird, muss etabliert werden. Ein für alle geltender Branchentarifvertrag hätte das erreichen können. Die Situation der Pflegefachkräfte in der Altenpflege ist seit Jahren mehr als angespannt. Der erstreckte Tarifvertrag wäre dagegen ein Meilenstein auf dem Weg zu einer anständigen Bezahlung und damit zu besseren Arbeitsbedingungen, einer Entlastung der Pflegekräfte und einem Ende des Fachkräftemangels gewesen. Dass die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas sich zum Nachteil einer ganzen Berufsgruppe querstellt, zeigt leider, welche Wertschätzung sie dieser entgegenbringt. Ein trauriger Tag für die Pflege.“

Informationen zu den Pflegeangeboten der AWO Ruhr-Lippe-Ems:
<http://www.awo-rle.de/leben-im-alter>>

Coronaausbruch in Werne: Kreis Unna stellt Haus mit 12 Wohnungen unter Quarantäne

In einem Wohnhaus in Werne ist es zu einem massiven Ausbruch von Corona-Infektionen gekommen. Der Kreis Unna hat die Bewohner unter Quarantäne gestellt und testet aktuell alle auf das Virus. Betroffen sind rumänische Arbeitnehmer, die in insgesamt drei Unternehmen arbeiten.

In dem mehrstöckigen Gebäude in Werne sind 12 Wohnungen durch Unternehmen für ihre rumänischen Mitarbeiter angemietet und belegt worden. Von der Quarantäne betroffen sind aktuell rund 40 Personen. Positiv getestet wurden bislang 13. Weitere Testergebnisse sind abzuwarten.

Das Gebäude wird vom Ordnungsamt der Stadt und einem beauftragten Unternehmen gesichert. Die unter Quarantäne stehenden Arbeiter werden durch ihre Arbeitgeber versorgt. Diese hatten auch schnell und umfassend alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt. Bei den Firmen handelt es sich um den Sub-Unternehmer eines Logistik-Unternehmens, ein Bauunternehmen und einen Schlachtbetrieb. Letzterer führt nach eigenen Angaben tägliche Testungen aller Mitarbeiter durch und hatte bis dato keine positiven Befunde zu verzeichnen. Ergebnisse der Tests, die durch das Gesundheitsamt des Kreises veranlasst wurden, liegen für die 11 Personen aus diesem Unternehmen noch nicht vor.

Der zuständige Dezernent der Stadt Werne, Frank Gründken, beschreibt die Lage vor Ort als ruhig und weitgehend gelassen. Es gelte nun die ausstehenden Testergebnisse abzuwarten, bevor

Lebensgefahr! – Jugendliche klettern in Oberaden auf wartende Lok

Am Mittwochnachmittag musste die Bundespolizei eine Notabschaltung der Oberleitungen an der Hamm-Osterfelder Bahnlinie veranlassen. Jugendliche kletterten im Bahnhof Oberaden auf eine dort wartende Lok. Gegen 17:30 Uhr informierte ein Triebfahrzeugführer die Bundespolizei in Dortmund, dass Jugendliche zwischen Lünen und Oberaden gefährlich nah an den Betriebsgleisen sitzen würden.

An der Bahnstecke, die über den Datteln-Hamm-Kanal führt, entdeckten Bundespolizisten drei junge Frauen. Die drei 14- und 15-jährigen Jugendlichen wurden über die Gefahren, die von ihrem gefährlichen Sitzplatz ausgehen, aufgeklärt. Nachdem die Beamten die jeweiligen Eltern informiert hatten, konnten die Jugendlichen ihren Heimweg antreten.

Da die Einsatzkräfte die besagte Strecke während des Einsatzes sperren ließen, wartete währenddessen am Bahnhof Oberaden ein Güterzug auf die Weiterfahrt. Wenig später meldete der Triebfahrzeugführer dieses Zuges, dass rot gekleidete Jugendliche vor seiner Lok laufen würden. Dem Triebfahrzeugführer gelang es nicht, die zwei Jugendlichen zu vertreiben. Vielmehr begannen sie auf den Zug zu klettern.

Sofort veranlasste die Bundespolizei über den zuständigen Notfallmanager die Notabschaltung des Stroms der Oberleitung, dem so genannten „Fahrdraht“. Denn schon ein Annähern an den

Fahrdraht hätte tödlich enden können. Als wenig später Einsatzkräfte der Bundes- und Landespolizei eintrafen, waren die Jugendlichen bereits verschwunden.

In diesem Zusammenhang warnt die Bundespolizei vor den Gefahren des Bahnverkehrs und gibt folgende Verhaltenstipps:

Solche Aktionen sind leichtsinnig und IMMER lebensgefährlich! Tödliche Gefahren gehen dabei nicht nur vom Zugverkehr an sich, sondern auch von Betriebsanlagen, wie z. B. stromführenden Teilen, Masten und anderer Infrastruktur aus.

Weitere Informationen dazu finden Sie auch unter www.bundespolizei.de und www.bahn.de *BA

Coronavirus: Vier neue Infektionen in Bergkamen – vier Personen gelten als wieder genesen

Heute sind der Gesundheitsbehörde zwei weitere Todesfälle im Zusammenhang mit Corona gemeldet worden. Verstorben ist am 22. Januar eine 88-jährige Frau aus Werne und ein am 24. Februar ein 68-jähriger Mann aus Kamen

47 neue Fälle sind heute gemeldet worden, vier in Bergkamen. Insgesamt sind damit im Kreis Unna 12.830 Fälle gemeldet worden, 1885 in Bergkamen. 30 Personen mehr als gestern gelten als wieder genesen, vier in Bergkamen. Damit steigt die Zahl der aktuell infizierten Personen auf 616, in Bergkamen bleibt die Zahl konstant bei 67.

Der maßgebliche 7-Tages-Inzidenzwert pro 100.000 Einwohner wird vom Landeszentrum Gesundheit veröffentlicht. Im Kreis Unna ist der Inzidenzwert auf 78,5 (plus 3,5) gestiegen.

A1/A2: Verkehrsbeeinträchtigungen bei Kamen und Dortmund wegen Reinigungsarbeiten

Die Autobahn Westfalen reinigt in der Woche von Montag (1.3.) bis Freitag (5.3.) den Mittelstreifen an den Autobahnen A1 und A2 im Raum Dortmund/Hamm/Kamen. Die Baustelle wandert entlang der Strecke. Im Bereich der Arbeiten ist ein Fahrstreifen gesperrt. Deswegen kann es auf den folgenden Abschnitten jeweils in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zu Beeinträchtigungen des Verkehrs kommen:

- *Montag (1.3.) auf der A1 zwischen Kamener Kreuz und Hamm-Bergkamen zunächst in Fahrtrichtung Bremen, dann im Anschluss in Fahrtrichtung Köln.*
- *Dienstag (2.3.) auf der A2 zwischen Kamener Kreuz und Hamm-Rhynern in Fahrtrichtung Hannover*
- *Mittwoch (3.3.) auf der A2 zwischen Hamm-Rhynern und Kamener Kreuz in Fahrtrichtung Oberhausen*
- *Donnerstag (4.3.) auf der A1 zwischen Kamener Kreuz und Schwerte in Fahrtrichtung Köln*
- *Freitag (5.3.) auf der A1 zwischen Schwerte und dem Kamener Kreuz*

Neue Töne und neue Projekte: Bergkamener Integrationsrat hat seine Arbeit aufgenommen



Der neue Integrationsrat hat seine Arbeit aufgenommen (v.l.): Elif Bicak, Zekeriya Kalabalik, Beigeordnete Christine Busch, Leyla Azimi, Xenia Ly Schulz und Bürgermeister Bernd Schäfer (nicht im Bild Sarah Hüsing).

Der neue Bergkamener Integrationsrat hat seine Arbeit aufgenommen. In der konstituierenden Sitzung am Donnerstag standen Wahlen im Vordergrund. 1. Vorsitzender ist Zekeriya Kalabalik. Neue 1. stellvertretende Vorsitzende ist Sarah Hüsing und 2. Stellvertretende Vorsitzende Leyla Azimi.

Leyla Azimi ist auch als beratendes Mitglied in den Bergkamener Jugendhilfeausschuss gewählt worden. Ihre

Stellvertreterin in dieser Funktion ist Elif Bicak.

Für den Bergkamener Integrationsrat ist dies ein völliger Neuanfang. Sämtliche Vertreterinnen und Vertreter der Vereine, die bisher die Arbeit dieses Gremiums trugen, haben sich zurückgezogen und traten nicht mehr zur Wahl des Integrationsrats im September 2020 an. Zum Zuge kam nur die Liste „Vielfalt ist unsere Stärke“.

Unterstützt wird diese Liste von dem Projekt „Bergkamen for all“. Mitglieder dieses Projekt haben bereits im Vorfeld einen Unterstützerkreis gebildet, die zur konstituierenden Sitzung des Integrationsrats am Donnerstag im großen Ratssaal gekommen war. Sie werden auch in Zukunft den neuen Integrationsrat begleiten und bei der Umsetzung der Vorhaben helfen.

Der Vorsitzende Zekeriya Kalabalik machte in seiner „Antrittsrede“ klar, dass sich der Integrationsrat nicht nur personell, sondern auch inhaltlich neu aufgestellt hat. Künftig werde es nicht darum gehen, die Interessen von einzelnen Gruppen in der Bergkamener Bevölkerung zu vertreten, sondern die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger. Eben: „Bergkamen for all“. Und es sollen auch konkrete Projekte umgesetzt werden.

So will sich der Integrationsrat beispielsweise um Verbesserungen beim Spielplatz im Wasserpark kümmern, die allen Kindern zugutekommen. Leyla Azimi regte an, in Zusammenarbeit mit der AWO und dem Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Unna (mit Sitz in Weddinghofen) eine spezielle Förderung von Grundschulern zu organisieren, die noch nicht sehr lange in Bergkamen leben. Die Pandemie habe hier insbesondere die Sprachförderung behindert. Das soll jetzt gezielt behoben werden.

Zum Integrationsrat gehören auch Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Bergkamener Stadtrat. Diejenigen, die sich schon seit Jahren im Integrationsrat engagieren, werden

sicherlich die neuen Töne und die Projektideen positiv zur Kenntnis genommen haben.

Online-Schülerlabor am Bergkamener Gymnasium: Experimentieren in Coronazeiten



Das Onlinelabor als Bildschirmfoto.

Die Schülerinnen und Schüler des Biologie-Leistungskurses der Q1 des Städtischen Gymnasiums Bergkamen nahmen jetzt an einem Online-Workshop des teutolab der Universität Bielefeld teil. In dem Workshop ging es wortwörtlich „um die Wurst“.



Die neuen iPads des Gymnasiums im schulischen Einsatz.

Mit Blick auf den Pferdefleischskandal konnten die Teilnehmenden Wurstproben und die darin enthaltenden Tierarten mittels DNA-Fingerprinting voneinander unterscheiden und im Rahmen des Experimentierkurses herausfinden, welche Tierart(en) in dieser Probe verwertet wurde(n). Alle Schülerinnen und Schüler nahmen per Videokonferenz live am Geschehen im Labor teil und konnte die dort gezeigten Schritte zuvor durch Animationen im Onlinelabor selbst durchführen. Erstmals kamen dabei die neuen iPads der Schule zum Einsatz. Der Leistungskurs bedankt sich ausdrücklich bei dem Laborteam der Universität Bielefeld und kann feststellen: In der Mortadella ist wirklich nur Schweinefleisch.

Festzuhalten bleibt aber auch: Die neue technische Ausstattung, in diesem Fall sind es iPads und stabile Internetverbindungen am Bergkamener Gymnasium, können auch in der Nach-Corona-Zeit nützlich sein und der Begriff „Lernen auf Distanz“ würde eine völlig andere Qualität gewinnen. Corona bedingt haben sich auch die Universitäten umstellen müssen. Sie lassen zum Beispiel auch Klausuren in einer Art „Homeschooling“ von den Studentinnen und Studenten schreiben. Schulen und auch Unis sollten nach dem Ende des Lockdowns diese neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit nutzen.